

Bundestagswahl | 12.09.2017 | Lesezeit 4 Min.

Parteien wollen Europa reformieren

Unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl steht eines schon jetzt so gut wie fest: Auch die künftige Regierung in Berlin wird der Europäischen Union grundsätzlich den Rücken stärken. Allerdings haben alle relevanten Parteien Vorschläge für Reformen in petto – und setzen dabei recht unterschiedliche Akzente.

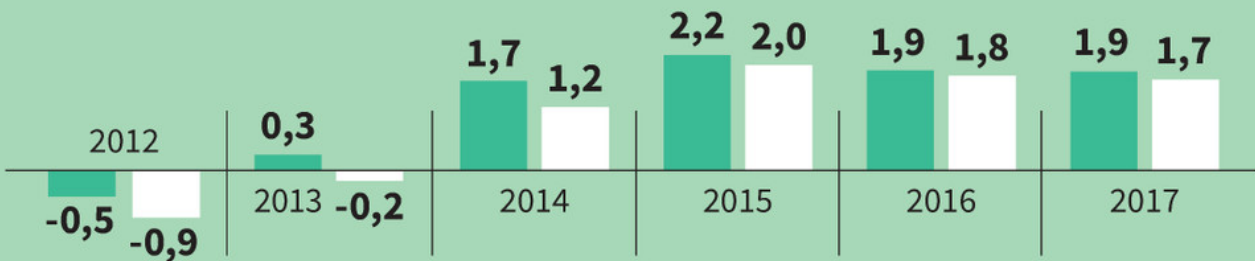
Vor nicht allzu langer Zeit hatten die Institution EU und die europäische Idee in politischen Debatten einen schweren Stand. Doch die jüngsten Wahlen – allen voran in den Niederlanden und Frankreich – haben gezeigt, dass pro-europäische Positionen wieder populär geworden sind. Dazu dürften auch die bereits heute sichtbaren negativen Auswirkungen des Brexit-Votums und der protektionistische Kurs des US-Präsidenten Donald Trump beigetragen haben. Hinzu kommt, dass es den Europäern wirtschaftlich wieder deutlich bessergeht (Grafik):

Das Bruttoinlandsprodukt der 28 EU-Länder ist seit 2014 im Jahresschnitt um etwa 2 Prozent gewachsen; die EU-weite Arbeitslosenquote könnte in diesem Jahr auf 8 Prozent sinken.

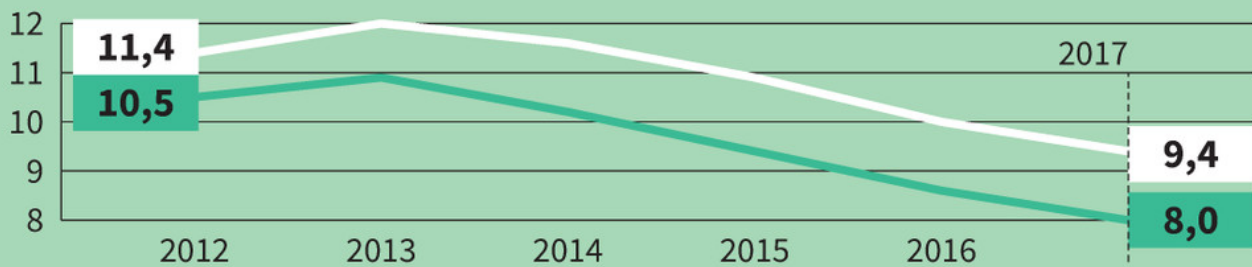
Europa im Aufschwung

■ EU-28 □ Eurozone

Reales Bruttoinlandsprodukt, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent




Arbeitslosenquote in Prozent



2017: Prognose; Eurozone: heutige 19 Euroländer

Quellen: EU-Kommission, Eurostat
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Vor diesem Hintergrund schlagen auch die deutschen Parteien im Bundestagswahlkampf größtenteils europafreundliche Töne an. Allerdings betonen viele Politiker, dass die EU und insbesondere die Eurozone reformiert werden müssten – und die vorgeschlagenen Konzepte unterscheiden sich zum Teil erheblich. Die grundlegenden Standpunkte der Parteien:

CDU/CSU setzen in ihrem europapolitischen Programm auf Sicherheit, wirtschaftliches Wachstum und Stabilität vor allem der Eurozone. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Vollendung des Binnenmarktes in den Bereichen Digitalisierung und Energie.

Die Unionsparteien bedauern die sinkende Wettbewerbsfähigkeit einiger EU-Mitgliedsstaaten, die zum Anstieg der Staatsverschuldung geführt habe. Diesen Ländern sichern CDU/CSU ihre Solidarität zu - vorausgesetzt, die Regierungen halten sich an die Regeln des gemeinsam beschlossenen Stabilitätspakts. Eine Vergemeinschaftung der Schulden innerhalb der Eurozone lehnen die Christdemokraten dagegen strikt ab.

Fast alle Parteien bekennen sich im Wahlkampf zur EU, ihre Reformvorschläge unterscheiden sich aber zum Teil erheblich.

Die SPD wirbt in ihrem Europaprogramm für ein Ende der Sparpolitik und plant stattdessen massive Investitionen - in Bildung und in den Arbeitsmarkt, in grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte wie die europäischen Verkehrs- und Energienetze sowie in den Umweltschutz. Auf diese Weise soll ein nachhaltiges ökonomisches Wachstum gestärkt werden.

Europäische Verteidigungsunion gefordert

Viel Raum nimmt auch das Thema „Soziales Europa“ ein. So will die SPD eine europäische Sozialunion entwickeln, gegen Sozialdumping kämpfen, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände als Sozialpartner unterstützen und die Mitbestimmung stärken.

Übereinstimmungen zwischen Union und Sozialdemokraten gibt es im Hinblick auf das „Friedensprojekt Europa“. Beide Parteien betonen die gemeinsame Verantwortung der Europäer und schlagen eine Europäische Verteidigungsunion (CDU) beziehungsweise ein ziviles europäisches Friedenskorp (SPD) vor. Außerdem wollen beide die deutsch-französische Zusammenarbeit als Motor der EU stärken, wobei CDU/CSU explizit unter anderem die Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung als wichtiges Handlungsfeld nennen.

Die FDP hofft auf den Wiedereinzug in den Bundestag und präsentiert ebenfalls eine pro-europäische Agenda. Allerdings fordern die Freien Demokraten institutionelle Reformen, zum Beispiel wollen sie die Zahl der EU-Kommissare von 28 auf 16 reduzieren. Die FDP unterstützt die Idee eines Europas unterschiedlicher Geschwindigkeiten - sprich: Mitgliedsstaaten, die mehr Integration wollen, sollen vorangehen können, ohne dass andere in jedem Politikbereich mitziehen müssen.

Grüne und Linke plädieren für mehr Investitionen

Die Grünen lehnen ebenso wie die SPD einen strikten Sparkurs ab und plädieren für mehr und vor allem nachhaltige Investitionen auf EU-Ebene. Sie fordern zudem eine Stärkung des Europäischen Parlaments sowie eine engere Zusammenarbeit der EU-Länder, vor allem in der Sozial- und Umweltpolitik.

Die Linke setzt sich für eine grundlegende Reform der EU ein, die nach Meinung der Partei in einer tiefen Krise steckt und vornehmlich den Interessen neoliberaler Märkte statt dem Bürgerwohl diene. Die Partei fordert deshalb das Ende der Sparpolitik und will stattdessen ein umfassendes europäisches Investitionsprogramm durchsetzen, das den Schwerpunkt auf öffentliche und soziale Dienste sowie einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft legt.

Die AfD ist von den Parteien, die Chancen auf Sitze im neuen Bundestag haben, die einzige mit einer eindeutig anti-europäischen Ausrichtung. Die Rechtspopulisten verlangen, dass Deutschland sowohl aus der Eurozone als auch aus der EU austritt, weil die deutschen Interessen innerhalb der Gemeinschaft geopfert würden. Die EU soll nach Auffassung der AfD zu einer bloßen Kooperation von Nationalstaaten werden.

In der quer durch Europa geführten Debatte über die Zukunft der EU und speziell der Eurozone stechen einige Reformvorschläge besonders hervor - und werden auch von den deutschen Parteien kontrovers diskutiert (Grafik):

Den größten Zuspruch findet die Idee, einen eigenen Währungsfonds für die Eurozone einzurichten - sowohl CDU/CSU als auch SPD und Grüne sind dafür.

Europäische Währungsunion: Was die Parteien zu Reformvorschlägen sagen

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP	AfD
Europäischer Währungs-fonds						
Eigenes Bud-get für die Eurozone						
Europäische Wirtschafts-regierung						
Finanzstabilität hat Vorrang vor Investitionen						

Ursprungsdaten: Wahlprogramme der Parteien
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Die Meinungen zu anderen Reformkonzepten sind deutlich unterschiedlicher. So befürwortet die SPD im Rahmen einer Vertiefung der Europäischen Währungsunion den Vorschlag, eine Wirtschaftsregierung für die Eurozone zu etablieren. Diese sollte einem europäischen Wirtschafts- und Finanzminister unterstehen und durch das EU-Parlament legitimiert und kontrolliert werden. Diese Idee findet auch bei Bündnis90/Die Grünen Anklang, ebenso wie der Vorschlag eines eigenen Budgets für die Eurozone.

Die Unionsparteien wollen nicht so weit gehen, allerdings hat sich Angela Merkel in

jüngster Zeit offener für die Idee eines Eurozonen-Haushalts und den Ruf nach einem Euro-Finanzminister gezeigt. Die FDP lehnt diese Vorschläge jedoch ab – unter anderem, weil sie die nationalen Regierungen nicht aus der Verantwortung entlassen will und eine Vergemeinschaftung von Staatsschulden befürchtet.

Kernaussagen in Kürze:

- Die negativen Auswirkungen des Brexit-Votums und des protektionistischen Kurses der USA haben pro-europäische Positionen gestärkt.
- Im Bundestagswahlkampf sprechen sich die Parteien - bis auf die AfD - für ein gemeinsames Europa aus, sie wollen die EU aber reformieren.
- Die Pläne der Parteien sind teils sehr unterschiedlich. Einen eigenen Währungsfonds für die Eurozone befürworten allerdings sowohl die Union als auch SPD und Grüne.